

Stellungnahme der CDU Fraktion zum Haushaltsplan 2010

-Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reitemann, Herr Bürgermeister Schäfer, Herr Dezernent Steidle, Sehr geehrte Damen und Herren ,

Der heute zu beschließende Haushaltsplan für das Jahr 2010 dürfte einer der schwierigsten in der Geschichte der großen Kreisstadt Balingen sein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in einem so nicht erwarteten Maß auch die Kommunen getroffen und zwingt uns alle entsprechend zu handeln, damit die Stadt Balingen auch weiterhin den Pflichtaufgaben für Ihre Bürger nachkommen kann. Gleichzeitig müssen aber in den kommenden Monaten die Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand gestellt werden, damit uns auch künftig ein Handlungsspielraum bleibt.

Der vorgelegte Planentwurf ist von der Verwaltung schon stark ausgedünnt und stellt ein Zahlenwerk dar, welches dem entspricht, was unter den jetzt absehbaren Bedingungen geleistet werden kann.

Wie in den Vorjahren konnten auch in 2009 nicht alle veranschlagten Maßnahmen vollzogen werden. Die daraus resultierenden Haushaltsreste werden als Neuveranschlagung in den nächsten Haushalt übertragen. Das schon oft genannte Sabbatjahr wäre notwendig, um diesen Stau abzubauen, bevor neue Maßnahmen ins Auge gefasst werden. Das allerdings verhindert stets die Realität. Schließlich gab es in der Vergangenheit kein Jahr in dem nicht weitere Aufgaben für die Stadt hinzukamen. Leider fielen dafür keine oder nur wenige Aufgaben weg.

Wir erinnern hier nur an unsere enormen Investitionen, im Rahmen der IZBB Maßnahmen, welche trotz erheblicher Fördermittel den städt. Haushalt belastet haben und mit den Folgekosten auch künftig belasten werden. So zum Beispiel die Personalkosten für die Ganztagesbetreuung, der Essenzuschuss für unsere Mensen und deren Unterhaltung. Ohne Zweifel ist die Möglichkeit eines warmen Mittagessens für sehr viele Schüler an unseren Schulen eine hervorragende Sache, doch die hierfür gewährten Zuschüsse seitens der Stadt dürfen auch nicht verkannt werden. Noch wollen wir hier und bei anderen Freiwilligkeitsleistungen den Rotstift nicht ansetzen und die weitere Entwicklung abwarten, um den hohen Standard im wichtigen Segment von Bildung und Betreuung zu erhalten. Wir wünschen in absehbarer Zeit einen Bericht über die Entwicklung der Essenzahlen an unseren Mensen.

Wie sehr die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Betreuungsangebote für unter dreijährige unseren Haushalt in den kommenden Jahren strapazieren wird, ist bisher noch nicht voll absehbar. Die Forderungen des Gemeindetages an die Landesregierung, angesichts der aktuellen Finanzlage der Kommunen, hier Nachbesserungen zu machen, scheint auch uns für sehr angebracht.

Immer wieder erwarten uns auch Überraschungen bei der Unterhaltung unserer Liegenschaften. Eine plötzlich festgestellte, nicht mehr tragfähige Dachkonstruktion, wie es uns die Frommerner Festhalle bescherte, muss dann zu den Ereignissen gerechnet werden, die zu Korrekturen in unserem Investitionsprogramm führen. Gleiches steht uns auch bevor, wenn z.B. unter der Haushaltsposition: sonstige Sportstätten – durch die Begehung von Pegasus plötzlich zusätzliche Aufwendungen von 33000 Euro erforderlich werden. Dort wo Unfallgefahren bestehen, soll selbstverständlich so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden, leider führen aber dabei die Vorschriften immer auch zu enormen Kosten.

Wie es uns die Vergangenheit immer wieder zeigte, erwarten wir auch jetzt dass sich die wirtschaftliche Situation in absehbarer Zeit verbessert und dazu führen wird, dass höhere Steuereinnahmen auch zu einer Erholung der öffentlichen Haushalte führen werden. Bis zu dieser konjunkturellen Verbesserung müssen wir die nun vor uns liegenden schwierigen Jahre so gestalten, dass wir die Ausgaben- der Einnahmesituation anpassen.

Die CDU Fraktion ist nicht für eine Erhöhung der Grundsteuern. Wir wollen jedoch die Gebührenhaushalte überprüfen und soweit möglich zu einem höheren Deckungsgrad führen, als dies bisher der Fall ist.

Wir denken hier an die Bestattungsgebühren, die Eintrittsgelder in unsere Bäder könnten eine moderate Anhebung vertragen. Die Leihgebühren in unserer Bücherei sollten zumindest den Betrag einbringen, welcher für Neubeschaffungen benötigt wird. Bereits vorgeschlagen von der Verwaltung ist eine Kürzung um 10 % bei den Zuschüssen an unsere Sport- und Kulturtreibenden Vereine. Dabei geht es sicher nicht um große Beträge, aber in Anbetracht der aktuellen Lage tragen dies unsere Vereine sicher mit.

Es gibt bestimmt weitere Haushaltspositionen, wo Einsparungen möglich sind. Es sollte aber stets darauf geachtet werden, dass Einsparungen nicht zu Lasten der Sicherheit unserer Bürger gehen dürfen. Natürlich sollen auch die Überlegungen und Maßnahmen zur Einsparung von Energie an unseren Liegenschaften fortgeführt werden.

Unser Schlachthof ist uns lieb und leider auch teuer. Nachdem im Jahr 2008 ein Überschuss von fast 80` Euro erwirtschaftet wurde, weist der Haushaltsplan 2010 einen Zuschußbedarf von über 60` Euro auf. Ist hier eine weitere Entwicklung absehbar?

Die Aufgaben für unseren Bauhof nehmen ständig zu. Vor allem die Pflegemaßnahmen unserer öffentlichen Plätze und Anlagen. Der Zuschußbedarf auf dieser Haushaltsposition steigt in 2010 um 52000 Euro gegenüber dem Ansatz des Vorjahres von über 730 000 Euro. Hier wirken sich viele neu geschaffene Verkehrsinseln oder Parkflächen mit Baumscheiben aus, welche bei Straßenbau- bzw. umbaumaßnahmen entstehen. Wünschenswert wäre hier, dass solche Flächen von den angrenzenden Grundstückseigentümern mit gepflegt werden. Leider ist aber nur in wenigen Fällen hierzu die Bereitschaft da, weshalb diese Arbeiten gegen Bezahlung von der Stadt geleistet werden müssen.

Nach wie vor sind wir der Meinung, dass die Videoüberwachung in unseren Parkhäusern und an neuralgischen Punkten in der Stadt zum Schutze des öffentlichen Eigentums und auch zum Schutze der Nutzer notwendig ist.

Ein sehr großer Kostenblock im Haushalt der Stadt Balingen sind die Personalkosten. Die Kostensteigerungen der vergangenen Jahre dürfen in diesem Maße nicht weiter erfolgen. Die von uns geforderte Wiederbesetzungssperre wollen wir mit der Verwaltung in aller Ernsthaftigkeit diskutieren. Jede frei werdende Stelle soll dem Verwaltungsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden. Wir bitten auch zu prüfen, ob durch Zusammenführung von Aufgabengebieten, Synergie Effekte entstehen. Wenn Kosteneinsparungen durch vernünftige Reduzierung der Öffnungszeiten erreicht werden können, haben die Bürger hierfür auch Verständnis.

Wir sollten auch darüber nachdenken, ob nicht bestimmte Aufgaben in Kooperation mit dem Landkreis oder anderen Gemeinden erledigt werden könnten. Als Stichwort

wollen wir hier die „Interkommunale Zusammenarbeit“ nennen. Es gibt zahlreiche Beispiele wo diese zwischen Städten und Kommunen in Baden Württemberg schon erfolgreich praktiziert wird.

Unsere Jugendmusikschule leistet hervorragende Arbeit, und dies soll auch künftig so bleiben. Bis auf weiteres sollen frei werdende Stellen nur über Honorarkräfte abgedeckt werden.

Auch unsere Volkshochschule leistet hervorragende Arbeit und steht im landesweiten Vergleich auf einer sehr guten Position. Den im Haushalt eingestellten Zuschussbetrag verstehen wir als wertvolle Investition für das breitgefächerte Angebot der VHS zur Weiterbildung unserer Bürger.

Die Umbau- und Renovierungsarbeiten in der Stadthalle laufen planmäßig und mit der Wiedereröffnung im Mai kann der Betreib voll aufgenommen werden. Dass der beschlossene Kostenrahmen bisher eingehalten werden konnte freut uns und zeugt von einer guten Arbeit aller am Bau beteiligten Planer und Handwerker. Mit Blick auf die derzeitige finanzielle Situation der Stadt war die mehrheitlich im Gemeinderat getroffene Entscheidung völlig richtig, dass die mit über 3 Mio. Euro veranschlagte Sanierung des Bades und der Sauna zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Die Wiedereröffnung unserer guten Stube soll in einem würdigen Rahmen gefeiert werden, der möglichst vielen Bürgern die Gelegenheit gibt, daran teilzunehmen. Wir freuen uns auf die Ausstellung mit den Werken von Gustav Klimt und das damit verbundene weitere Kulturprogramm in unserer Stadt, mit dem die erfolgreichen Ausstellungen der vergangenen Jahrzehnte fortgeführt werden.

Das Messegelände wurde mit der neuen Messehalle stark aufgewertet und erfährt zunehmend Nachfrage für Veranstaltungen und Besucherfrequenz. Im vergangenen Jahr kam es zu Konfrontationen mit der Verkehrswacht bei der Nutzung des Messegeländes für kulturelle Veranstaltungen. Wir gehen davon aus, dass solche Konfrontationen mit den von der Messeleitung ergriffenen Maßnahmen künftig ausgeschlossen sind.

Auch zukünftig sollen Bauplätze für bauwillige Bürger unserer Stadt in möglichst allen Stadtteilen vorgehalten werden. Das kommunale Flächenmanagement muss künftig deutlich stärker als bisher neben den Neuerschließungen eine gezielte und aktive Innengestaltung vorsehen. Im Bestand gibt es – die Klausurtagung des Gemeinderats hat dies deutlich gezeigt – erhebliche Potentiale an Baulücken und kleineren Arrondierungen. Auch werden unter dem Vorzeichen der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren eine überdurchschnittlich große Zahl von Häusern und Wohnungen dem Markt zur Verfügung stehen. Die gesamte Innenplanung gilt es auch unter dem Gesichtspunkt der Begrenzung des Flächenverbrauchs konzeptionell zu gestalten.

Mit dem Verkauf von nicht mehr zwingend benötigten städt. Wohnungen könnten zusätzliche Einnahmen für den städt. Haushalt erzielt werden. Gleichzeitig schlagen wir vor, dass die Wohnungsverwaltung teilweise privatisiert werden könnte was ebenfalls zu Kosteneinsparungen führt.

Die Stadt soll auch künftig Gebäude- und Grundstückskäufe tätigen, wenn damit Regelungsmöglichkeiten zur Stadtentwicklung entstehen. Es muss aber auch darauf geachtet werden, dass der Wiederverkauf zeitnah erfolgt und keine zu lange Kapitalbindung entsteht. Wir sehen hier im Bereich der Bahnhofstraße, dem Strasser Areal aber auch in den Teilorten Handlungsbedarfe.

Verschiedentlich wurden wir schon von Bürgern angesprochen im Bezug auf die Ausbaustandards bei städt. Maßnahmen. Als ein Beispiel hierfür wollen wir die Toilettensanierung in der Lauwasenschule ansprechen. Dazu fand im vergangenen Frühjahr eine Besichtigung mit dem TA statt. Nach einem entsprechenden Beschluss wurde dort zügig Abhilfe geschaffen. Uns erreichte dann die Kritik, es z.B. sein muss, dass die Spiegel nicht wie üblich mit Klammern auf der Wand montiert, sondern aufwändig eben mit der Wand eingebaut wurden?

Auch werden wir Gemeinderäte immer wieder Mal von Handwerkern und Geschäftsleuten aus der Stadt angesprochen, dass bei Auftragsvergaben der Stadt einheimische Betriebe zu wenig berücksichtigt werden. Wo immer dies möglich ist, sollen Aufträge an die örtlichen Betriebe vergeben werden.

Wie sich die Konjunktur entwickelt bleibt abzuwarten. Die Steuerschätzungen im Mai und November werden uns die Tendenzen aufweisen und zeigen ob unser Sparkurs noch verschärft werden muss. Gemeinsames Ziel muss sein, dass die Verschuldung in einem überschaubaren Rahmen bleibt. Dazu ist es unerlässlich, geplante Investitionen soweit wie möglich zu schieben.

Was sicher nicht ohne weiteres geschoben werden kann, sind die Frostschäden, die sich bereits jetzt, vor Ende des Winters zeigen und mit Blick auf die Verkehrssicherheit instandgesetzt werden müssen. In diesem Sinne hoffen wir dass mit dem heute zu beschließenden Etat möglichst viele Schlaglöcher behoben werden können.

Zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke wird mein Fraktionskollege Walter Zanker separat eine Stellungnahme vortragen.

Ein Dankeschön sagen wir allen, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben.

Bei Ihnen allen bedanken wir uns für die Aufmerksamkeit.

Die CDU Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen